

Bayerische Meeresfrüchte auf Expansionskurs

München/Erding – Meerwasser-Garnelen aus – dem sonst wenig maritimen – Langenpreising (Kreis Erding) haben einen Siegeszug angetreten. Crusta Nova, wie das Unternehmen heißt, das sie züchtet, belieferte zunächst nur Gastronomie und Einzelhändler, spricht nun aber auch Endverbraucher direkt an – nicht zuletzt im Online-shop von Crusta Nova.

Die Potenziale der bereits größten Indoor-Garnelen-Aquakulturanlage in Europa sind noch nicht ausgeschöpft. „Wir sind fast immer ausverkauft“, sagt Crusta Nova-Mitbegründer und Unterneh-



Fabian Riedel
plant weiteres Wachstum.

mensch Fabian Riedel, der expandieren will. Dazu hat sich Crusta Nova einen finanzstarken und dennoch mittelständisch orientierten Partner an Bord geholt. Die Rigeto Unternehmenskapital GmbH, die privates Kapital von Unternehmern und Un-



Bayerische Garnelen sollen mit Qualität und ökologischer Unbedenklichkeit glänzen.

FOTOS: KLAUS HAAG, SVEN HOPPE/DPA

ternehmerfamilien in mittelständische Firmen investiert.

Das war für Fabian Riedel wichtig. Es geht bei der Entwicklung junger Unternehmen nicht nur ums Geld, sondern auch um wertvolle Ratschläge vor dem Hintergrund langjähriger unternehmerischer Erfahrung. Dennoch bleibt Riedel als geschäftsführender Gesellschafter in der Verantwortung.

Mittlerweile vertreibt Crusta Nova nicht nur die bayerischen Garnelen aus dem Langenpreisinger Meerwasser, sondern auch Muscheln, Tintenfische, Oktopusse, Fische aber auch Krustentiere, die

tatsächlich aus dem Meer stammen. Allerdings stellt Riedel auch daran die gleichen Ansprüche an Nachhaltigkeit und Qualität. Deshalb ist das Preisniveau deutlich über dem angesiedelt, was man sonst aus den Tiefkühltheken von Supermärkten kennt.

Noch in diesem Jahr will die Marke zumindest im kleinen Rahmen auch als stationärer Händler in Schwabing präsent sein. Zum Kennenlernen, wie Riedel betont – in der Erwartung, dass auf diese Weise gewonnene Kunden später die wichtigere Online-Schiene nutzen. **MARTIN PREM**

Aiwanger will Friseursalons öffnen lassen

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwwanger setzt sich für eine rasche, wenn auch behutsame Öffnung von Handel und Dienstleistungen ein. Zuletzt war es wegen Aiwwangers Lockerungsforderungen zu einem Streit zwischen ihm und Ministerpräsident Markus Söder gekommen.



Hubert Aiwwanger
will Lockerungen jetzt.



Eberhard Sasse
fordert eine Perspektive.

gen. Am Anfang habe es große Probleme mit der Software für das „hochkomplexe“ Verfahren gegeben. Seit 29. Januar funktionieren die Software-Lösungen des Bundes für die Auszahlung der Dezemberhilfe. „Wenn diese Hilfen nicht

da gewesen wären, wäre es das Aus für viele gewesen“, sagte Eberhard Sasse, Präsident der IHK.

„Die Lage ist wirklich bitterernst“, so Sasse weiter. „Jetzt geht uns trotz aller Hilfen die Puste aus“, warnte der IHK-

Präsident. Er forderte weitere Maßnahmen, um die Liquidität der Unternehmen zu sichern.

Erstens als Entgegenkommen des Finanzamtes eine Stundung von Steuerschulden. Zweitens keine wirt-

schaftsschädlichen Steuererhöhungen und drittens einen Verlustrücktrag. „Wenn sich der Staat in guten Zeiten über Steuereinnahmen an den Gewinnen beteiligt, sollte er sich in einer Jahrhundertkrise auch großzügiger als bisher



Je länger der Lockdown dauert, desto mehr Geschäfte und Lokale kommen in Existenznot. Die Pleitewelle könnte jetzt erst anrollen, fürchtet man bei der IHK. Wirtschaftsminister Aiwwanger findet, zumindest für Friseure sei die Zeit für eine Öffnung reif. **DPA**

„Wir müssen Schließungen gut begründen, nicht die Öffnungen – die sind nämlich der Normalzustand.“

Hubert Aiwwanger

an den Verlusten beteiligen“, sagte Sasse.

„Angesichts der hohen Infektions- sowie Todeszahlen müssen wir den harten Lockdown mittragen“, betonte Sasse. Wirtschaft und Gesellschaft bräuchten eine Öffnungsperspektive. Es dürfe aber keinen „Drehtür-Effekt“, also ein ständiges Auf- und Zusperrn geben. Es sei deprimierend, so Sasse, dass viele kleine Unternehmen und Soloselbstständige still und leise verschwinden. Diesen hohen Aderlass gebe es jetzt schon, auch wenn er in keiner Statistik auftaucht. Beide, Aiwwanger und Sasse, warnten davor, dass die Pleitewelle erst noch bevorstehe.

IN KÜRZE

Spotify: Mehr Nutzer, mehr Verlust

Der Musik-Streamingdienst Spotify ist 2020 tiefer in die roten Zahlen gerutscht. Wie das Unternehmen mitteilte, belief sich der Verlust auf 581 Millionen Euro. Grund sind unter anderem Investitionen in bessere Funktionen. Ein Jahr zuvor hatte sich das Minus noch auf 186 Millionen summiert. Zugleich legte Spotify erneut bei den Nutzerzahlen zu: Das Unternehmen verzeichnete 345 Millionen Nutzer – 27 Prozent mehr als 2019.

Google-Mutter legt mächtig zu

Der Google-Mutterkonzern Alphabet profitiert kräftig vom digitalen Werbebusiness. Im vierten Quartal stieg der Gewinn im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rund 50 Prozent auf 15,2 Milliarden Dollar (12,6 Milliarden Euro). Der Umsatz erreichte knapp 57 Milliarden Dollar. Im vierten Quartal 2019 waren es rund 46 Milliarden gewesen.

Bayer: Einigung in Glyphosat-Verfahren

Bayer hat sich bei einem entscheidenden Teil seines Glyphosat-Vergleichs mit US-Klägern auf einen Kompromiss geeinigt. Der Konzern verkündete einen Durchbruch in den Verhandlungen um den Umgang mit künftigen US-Klagen wegen angeblicher Krebsrisiken des Unkrautvernichters Roundup. Es sei eine formelle Einigung mit den Klägeranwälten erreicht worden, die eine Zusage von bis zu zwei Milliarden Dollar beinhaltet.

Deutsche Bank schließt 100 Filialen

Die Deutsche Bank macht Tempo bei ihren geplanten Filialschließungen. In den nächsten sechs Wochen will sich die Bank mit den Arbeitnehmervertretern auf die Modalitäten einigen, wie die FAZ aus Finanzkreisen erfuhr. Die Bank will noch in diesem Jahr 100 ihrer 500 Filialen in Deutschland schließen, vor allem im städtischen Raum.

BÖRSE

Dax baut Gewinnserie aus

Die Anleger sind optimistisch geblieben. Der Dax verzeichnete den dritten Handelstag in Folge Gewinne und schloss 0,71 Prozent höher bei 13 933,63 Punkten. Siemens-Aktien schafften ein Plus von knapp zwei Prozent. Der Konzern hatte nach gutem erstem Quartal die Ziele für das laufende Geschäftsjahr erhöht. In der Vorwoche war der Leitindex noch deutlich unter Druck geraten. Der MDax legte um 0,49 Prozent auf 32 193,65 Punkte zu, nachdem er im frühen Handel ein Rekordhoch erreicht hatte. Freetnet sicherte sich mit einem Plus von 6,5 Prozent den ersten Platz. Der Telekomanbieter will eigene Aktien zurückkaufen und eine deutlich höhere Dividende zahlen. Ein Belastungsfaktor der Vorwoche – starke Kursbewegungen – wird immer weniger als Bedrohung für die Märkte als solche wahrgenommen. Am Rentenmarkt stieg die Umlaufrendite auf minus 0,50 Prozent nach minus 0,52 Prozent am Vortag. Der Rentenindex Rex gab um 0,06 Prozent auf 145,80 Punkte nach. **dpa**

VON CHRISTIAN VORDEMAN

München – Hubert Aiwwanger will Friseurgeschäfte möglichst umgehend wieder öffnen lassen. Mit Söder sei er, was die Lockerung betrifft, „nicht ganz einer Meinung“, ist sich der Wirtschaftsminister bewusst. „Wir müssen die richtige Balance finden zwischen dem wirtschaftlichen Schaden und dem gesundheitlichen Nutzen der Schließungen“, sagte Aiwwanger gestern bei der IHK.

Im Durchschnitt gebe es bei den Beschäftigten des zum Teil geöffneten Handels nicht mehr Corona-Fälle als in der Gesamtbevölkerung. „Wir müssen Schließungen gut begründen, nicht die Öffnungen – die sind nämlich der Normalzustand.“ Aiwwanger bezifferte die täglichen wirtschaftlichen Einbußen des Lock-

downs in Bayern auf „Richtung 100 Millionen Euro“.

In Bayern sind laut Wirtschaftsministerium seit Beginn der Pandemie 1,5 Milliarden Euro an knapp 140 000 Betriebe und Soloselbstständige ausgezahlt worden. Mit der Mammutaufgabe wurde die IHK für München und Oberbayern beauftragt. Sie wurde dabei durch 280 Landesbeamte, die Messe und die Stadt München unterstützt. Bis zu 500 Leute waren damit beschäftigt, die Anträge auf Sofort- und Überbrückungshilfen I und II abzuarbeiten. Die Überbrückungshilfe III komme in den nächsten Ta-

Erbschaften fördern Ungleichheit

DIW-Studie: Hälfte des Geldes geht an reichste zehn Prozent

Berlin – Erbschaften machen Vermögende in Deutschland noch reicher. Sie erben am häufigsten und zugleich die höchsten Beträge. Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) geht fast die Hälfte des Erbschafts- und Schenkungsvolumens an die reichsten zehn Prozent der Begünstigten. Die anderen 90 Prozent teilen sich die verbleibende Hälfte. „Die Erbschaftswelle verschärft die absolute Vermögensungleichheit“, analysiert DIW-Experte Markus Grabka.

Nach der gemeinsamen Studie des DIW, der Universität Vechta und des Deutschen Zentrums für Altersfragen

(DZA) haben in den vergangenen 15 Jahren rund zehn Prozent aller Erwachsenen geerbt oder eine größere Schenkung erhalten. Im Schnitt belief sich das Erbe inflationsbereinigt pro Person auf rund 85 000 Euro, bei Schenkungen auf 89 000 Euro. Gegenüber dem Jahr 2001 erhöhte sich die Durchschnittssumme um jeweils etwa 20 Prozent. Befragt wurden 15 000 Haushalte.

Zwar sinkt die relative Ungleichheit durch Erbschaften und Schenkungen tendenziell, da das Vermögen auf mehrere Personen verteilt wird. „Doch gleichzeitig wird der Abstand beim Vermögen zwischen denen, die erben,

und denen, die leer ausgehen, immer größer“, erläuterte Grabka. „Kinder, die in einem Haushalt aufgewachsen sind, der bereits ein höheres Einkommens- und Vermögensniveau aufwies, erhalten später im Schnitt auch höhere Erbschaften und Schenkungen.“

Der Studie zufolge profitierten im Zeitraum 2002 bis 2017 das vermögendste Fünftel der Bevölkerung von den größten Erbschaften und Schenkungen. Der Median – also der Mittelwert, wenn man die Beträge der Größe nach sortiert – lag bei 145 000 Euro. Nur zwei Prozent des ärmsten Fünftels erben überhaupt etwas. Die Summe fiel mit 10 000 Euro am geringsten aus. **dpa**

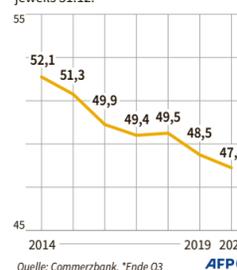
Commerzbank zurt Sparplan fest

Aufsichtsrat billigt die Streichung jeder vierten Stelle



Manfred Knof
neuer Chef der Commerzbank.

Commerzbank
Mitarbeiter weltweit in Tausend jeweils 31.12.



den Kürzungen betroffen. Knof hat versichert, das Management werde alles dafür tun, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Die Gewerkschaft Verdi mahnte jedoch nach Bekanntwerden der Pläne mehr Zeit zur Umsetzung des Stellenabbaus an. In der Aufsichtsratsitzung äußerten sich die anwesenden Gewerkschaftsvertreter dem Vernehmen nach entsprechend kritisch.

Um die Verhandlungen zum Personalabbau „zügig und mit der gebotenen Fairness und Transparenz voranzutreiben“, schloss der Vorstand am Mittwoch eine Regelungsabrede mit dem Gesamtbetriebsrat der Commerzbank AG. „Ziel ist es, für frühestmögliche Klarheit und Transparenz über Betroffenheiten, Zeitabläufe und Perspektiven zu sorgen.“ Es werde angestrebt, „bis zur Hauptversammlung am 5. Mai 2021 die notwendigen Rahmenregelungen – Rahmen-Interessenausgleich und Rahmen-Sozialplan – mit dem Gesamtbetriebsrat abzuschließen.“ Ende September vergangenen Jahres zählt der Konzern noch gut 39 600 Vollzeitstellen. In Mitarbeitern gerechnet waren es 47 912, davon 33 739 in Deutschland. **dpa**

Daimler bringt Lkw an die Börse

Stuttgart – Der Auto- und Lastwagenbauer Daimler will sich erneut komplett umbauen und im Zuge dessen seine Truck-Sparte an die Börse bringen. Es sei geplant, das Geschäft in zwei unabhängige Unternehmen aufzuteilen – Mercedes-Benz für Autos und Vans, Daimler Truck für Lastwagen und Busse, wie der Dax-Konzern am Mittwoch mitteilte.

Die Finanz- und Mobilitäts-

dienstleistungen, derzeit noch eine eigene Sparte, sollen auf die beiden anderen Unternehmen verteilt werden. Ziel für Daimler Truck sei, die Börsennotierung in Frankfurt noch in diesem Jahr abzuschließen, hieß es weiter. Beabsichtigt sei, dass der Mehrheitsanteil von Daimler Truck an die heutigen Daimler-Aktionäre übertragen werde. Zudem werde angestrebt, die Kriterien für

eine Notierung im Dax zu erfüllen. Die endgültige Entscheidung über die geplante Abspaltung müsse bei einer außerordentlichen Hauptversammlung im dritten Quartal 2021 getroffen werden. „Dies ist ein historischer Moment für Daimler“, erklärte Daimler-Chef Ola Källenius.

Nach Bekanntwerden der Pläne schoss die Daimler-Aktie zwischenzeitlich um neun Prozent nach oben. **dpa, afp**

Frankfurt – Nach einem Milliardenverlust im Corona-Jahr 2020 will sich die Commerzbank mit weiteren harten Einschnitten fit machen für eine erfolgreichere Zukunft. Weltweit werden 10 000 von knapp 40 000 Vollzeitstellen gestrichen, in Deutschland halbiert das Institut die Zahl seiner Filialen von 790 auf 450. Der Aufsichtsrat des Frankfurter MDax-Konzerns billigte am Mittwoch in einer Sondersitzung die Sparpläne des Vorstands bis 2024.

„Die vom Vorstand vorgeschlagene Strategie wird vom Aufsichtsrat inhaltlich und fachlich mitgetragen und die Umsetzung konstruktiv begleitet“, teilte die Bank am Abend mit. Die Eckpunkte der Pläne hatte die Commerzbank schon am vergangenen Donnerstag veröffentlicht.

Der seit Jahresbeginn amtierende Vorstandschef Manfred Knof will die Bank wieder profitabler machen. Das Geschäftsjahr 2020 endete wie erwartet mit tiefroten Zahlen: Nach vorläufigen Zahlen liege der Konzernverlust bei knapp 2,9 Milliarden Euro, teilte die Bank mit.

Darin enthalten seien 800 Millionen der insgesamt 1,8 Milliarden Euro Aufwendungen für den Konzernumbau. Belastet wird das Jahresergeb-